



Gesellschaftliche Bedrohung von Rechts

Analyse der Beratungsanfragen an die Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus NRW

Nils Wenzler, Anne Broden, Younes Alla

unter Mitarbeit von Yasmine Chehata, Nardos Sium und Miriam Axel



Auf einen Blick

- Was sind die Folgen und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Rassismus im Alltag der Menschen? Welches Engagement für den Erhalt demokratischer Räume gibt es?
- Ausgewertet wurden 970 Beratungsanfragen an die Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus NRW aus den Jahren 2012 bis 2018.
- Die Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus engagieren sich für belastbare demokratische Strukturen.
- Die Studie befasst sich im Kern mit der Frage: Wer wendet sich aus welchen Gründen mit welchen Erwartungen an die Beratungsstellen?

zunehmend wieder sagbar geworden. Damit gehen diese Entwicklungen auch am Alltag der Menschen nicht spurlos vorbei. Sie werden mit diesen öffentlichen Diskursen, aber auch mit konkreten rassistischen und rechtsextremen Handlungen konfrontiert oder sind selbst Teil von ihnen. Dies sind wichtige Gründe dafür, die Angebote, Strategien und Beratungstätigkeiten Sozialer Arbeit und politischer Bildungsarbeit wieder stärker auf Fragen des demokratischen Zusammenlebens auszurichten – insbesondere weil rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen und Parteien die Kluft zwischen staatlich-institutionalisierter Politik und Bevölkerung als eines ihrer Leitthemen aufgreifen und für eine Politik der Entsolidarisierung vereinnahmen. An diesem Punkt setzt seit vielen Jahren das Konzept der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW (MB-NRW) an. Ziel der Mobilen Beratung ist es, die Demokratie zu stärken und dem Rechtsextremismus zu begegnen. Um dieser übergeordneten Zielsetzung der Förderung einer demokratischen Alltagskultur gerecht zu werden, bietet sie Beratung und Unterstützung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen an. Diese Studie richtet den Blick auf die Folgen und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Rassismus im Alltag der Menschen und ihrer Institutionen. Sie will die Entwicklung extrem rechter Aktivitäten sichtbar machen und das breite gesellschaftliche Engagement von Zivilgesellschaft und Institutionen für eine stabile Demokratie und eine Kultur der Menschenrechte in NRW abbilden.

1. Rechtsextremismus in der Gegenwart

Bei der Bundestagswahl 2017 gelang es einer rechtspopulistischen Partei zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik, in den Bundestag gewählt zu werden. Die Zunahme rechter Gruppierungen sowie das Erstarken von diskriminierenden, rassistischen und demokratiefeindlichen sozialen Bewegungen und die fortwährende Existenz rechtsextrem motivierter Straf- und Gewalttaten sind deutliche Hinweise auf eine gesellschaftliche Bedrohung von rechts. Mit dem Auftreten dieser Phänomene sind rassistische und nationalistische Aussagen



Grundlage der Studie sind 970 Beratungsanfragen, die in den Jahren 2012 bis 2018 von den fünf Mobilien Beratungsteams in NRW (Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln, Münster) dokumentiert wurden. Die jährliche Anzahl der Anfragen stieg von 123 im Jahr 2012 auf 166 im Jahr 2018.

2. Rechtsextremismus und Rassismus als Problem

Wenn die Menschen sich an die Mobilien Beratungen gegen Rechtsextremismus wenden, dann beschreiben sie in 630 von 970 Fällen die Probleme, mit denen sie auf unterschiedliche Weise konfrontiert sind, als Äußerungen von Rechtsextremismus oder Rassismus. Über die Zeitspanne von 2012 bis 2018 lässt sich eine Veränderung in dieser Problemmarkierung beobachten. So ist Rassismus im Jahr 2018 neben dem Rechtsextremismus zum zentralen Thema in den Beratungsanfragen herangewachsen. Auch zeichnet sich in den Jahren von 2012 bis 2018 eine zunehmend differenziertere Problembeschreibung ab. So wird in den Beratungsanfragen gesprochen von: der extremen Rechten, der neuen Rechten, von Rechtspopulismus, Antisemitismus, Antiziganismus (gegen Sinti, Roma u. a. gerichtet), von Diskriminierung, Nationalismus, Islamfeindlichkeit, Menschenfeindlichkeit, Flüchtlingsfeindlichkeit, Sexismus, NS-Verherrlichung und Reichsbürgerideologie. Diese Entwicklung kann als ein Zuwachs an Wissen und Urteilskraft in der Öffentlichkeit gedeutet werden, die dazu geführt hat, dass die Probleme im Alltag oder im Sozialraum für die Menschen deutlicher wahrnehmbar und voneinander unterscheidbar geworden sind.

INFOBOX

Rassismus ist nicht mit Rechtsextremismus gleichzusetzen

Rassismus ist eine Diskriminierung, die mit Vorurteilen (Ressentiments) sowie mit Hass und Gewalt einhergeht. Rassismus ist ein die Gesellschaft ordnendes System, das sowohl Individuen, Institutionen, Strukturen als auch Diskurse betrifft (d. h., über die rassistischen Demütigungen entsteht ein bestimmtes Ordnungssystem in der Gesellschaft). Die Individuen sind in die gewaltvollen, diskriminierenden Institutionen, Strukturen und Diskurse eingebunden und mit ihnen verwoben, unabhängig davon, ob sie dies wollen oder nicht. Rechtsextremismus ist demgegenüber eine politische Ideologie, für oder gegen die sich Menschen frei entscheiden. Zu den Kernelementen des Rechtsextremismus gehören Rassismus und auch Antisemitismus, Nationalismus, Chauvinismus, Militarismus und Sexismus, aber der Rechtsextremismus geht nicht darin auf. Er beinhaltet weitere Feindbilder und ideologische Aspekte.

3. Wer wendet sich an die Mobilien Beratungen NRW?

Die meisten der Beratungsuchenden können Institutionen oder Organisationen zugeordnet werden. Eine Ausnahme bildet die Nutzer_innengruppe der Einzelpersonen mit einem Anteil von 13 % der Beratungsanfragen. Die größte Anzahl der Anfragen (N = 949) kommen aus dem Bereich Schule und Ausbildung (21 %). Darauf folgen Nutzer_innen aus den Organisationen zur Interessenvertretung (14 %), der Zivilgesellschaft (13 %), der Sozialen Arbeit (11 %), den kommunalen Verwaltungen und Landes- und Bundeseinrichtungen (10 %), dem Bereich der Fort-, Weiter- und Erwachsenenbildung (5 %) und der Landes- und Kommunalpolitik (5 %) sowie aus den Fachhochschulen und Universitäten (4 %) und der Wirtschaft (2 %). All diese Nutzer_innengruppen können nochmals in zwei gesellschaftliche Teilbereiche untergliedert werden: *öffentliche* bzw. *staatliche Institutionen* und *nichtstaatliche Akteure*. So macht der gesellschaftliche Teilbereich öffentlich geförderter oder staatlich regulierter Institutionen mit 58 % den größeren Anteil der Beratungsanfragen aus. 41 % der Beratungsanfragen entfallen demnach auf Beratungsanfragen aus nichtstaatlichen Teilbereichen (z. B. Organisationen zur Interessenvertretung, Zivilgesellschaft, Einzelpersonen und Wirtschaft). 1 % fällt in die Kategorie Sonstige.

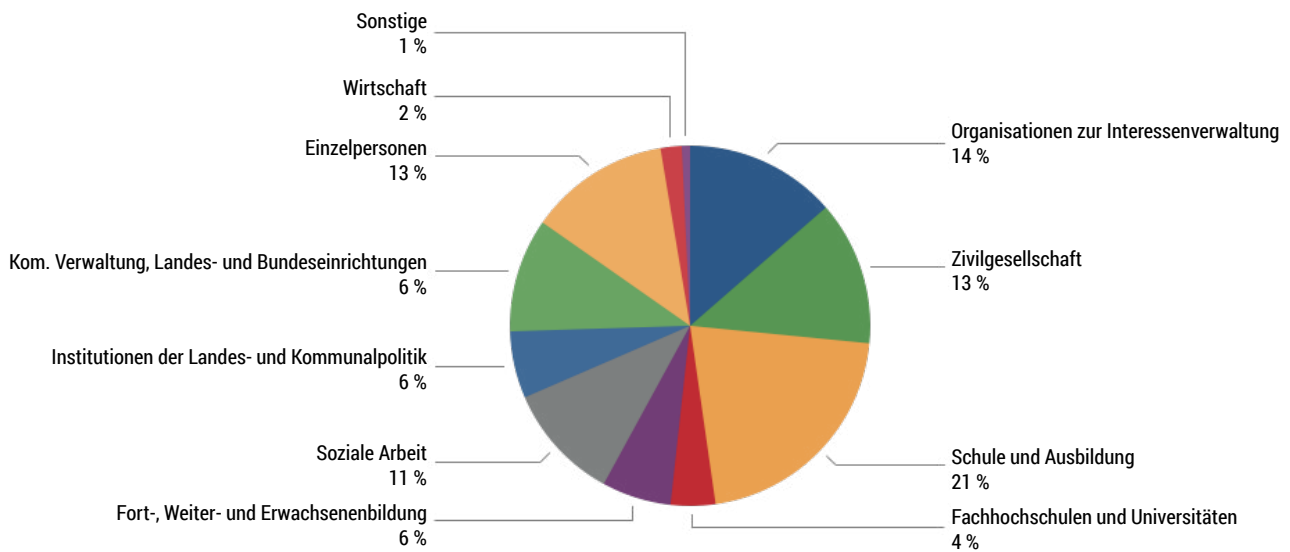
4. Aus welchen Gründen wird eine Beratung bei den MB-NRW angefragt?

Es lassen sich zwei zentrale Anlassarten für eine Beratungsanfrage ausweisen: (1) Beratungsanfragen aufgrund eines *konkreten Ereignisses* (reaktive Anlässe) und (2) Beratungsanfragen aufgrund eines *bestehenden Engagements* (proaktive Anlässe). In 206 Beratungsanfragen ließ sich sowohl ein konkretes Ereignis als auch ein bestehendes Engagement als Anlass rekonstruieren. Trotz großer inhaltlicher Unterschiede innerhalb der *reaktiven* Anlässe zeichnen diese sich durch eine gewisse Dringlichkeit aus, die als Notlage, Gefahr, Ohnmachterfahrung oder Verunsicherung für die Beratungssuchenden dokumentiert werden. Die reaktiven Anlässe machen mit 508 Fällen (N = 970) 52 % der Beratungsanfragen aus. Die Menschen wenden sich am häufigsten aufgrund miterlebter oder selbst erfahrener *gewaltvoller und problematischer Sprache* (23 %) an die MB-NRW. Als zweiter reaktiver Anlass ist dokumentiert, dass *Personen oder Gruppen der extremen Rechten in beruflichen oder sozialräumlichen Bezügen* auftauchen oder vermutet werden (21 %). Weitere Anlässe sind *Hetze, Propaganda, Symbole und Parolen* (17 %), *Bedrohungen und Übergriffe* (11 %), *Aktionen* (8 %) wie Demonstrationen, Aufmärsche, Blockaden oder das gezielte Stören von Veranstaltungen durch Menschen



ABB. 1
Nutzer*innengruppen in Prozent (gerundet, N = 949)

Quelle: Eigene Darstellung



und Gruppen der extremen Rechten oder der Neonaziszene, ferner *besorgniserregende lokale und gesellschaftliche Entwicklungen* (8 %), *Personen der extremen Rechten (vermutet oder erwiesen) in ihren engeren sozialen Bezügen* (5 %) und miterlebte oder selbst erfahrene *Ausschlüsse* von rassistisch oder antisemitisch deskreditierbaren Menschen (1 %).

Proaktive Anlässe kennzeichnet hingegen, dass sich Menschen an die MB-NRW wenden, weil sie Unterstützung bei der Planung und Umsetzung von Aktivitäten suchen. Diese Beratungsanfragen *aufgrund eines bestehenden Engagements* macht einen Anteil von 62 % aus (N = 604). Hierzu zählen mit etwa 37 % das Engagement zur Herstellung oder zum Erwerb von eigener *Handlungs- und Sprechfähigkeit* und die Durchführung von *Projekten/Aktionen/Interventionen* mit 36 %. Die Nutzer_innen planen entweder (1) Projekte, Aktionen und Unternehmungen, welche sie auf schwierige Situationen vorbereiten sollen und in denen sie sich selbst als handlungsfähig und/oder sprechfähig erfahren möchten; oder es handelt sich (2) um Aktivitäten, die auf langfristige, strukturelle, in Teilen auch institutionelle Veränderungsprozesse abzielen.

5. Welche unterschiedlichen Bedarfe haben die Nutzer_innen und welche Erwartungen richten sie an die Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus?

Es lässt sich unterscheiden zwischen (1) Nutzer_innen mit einem hohen Handlungsdruck, deren Erwartungen insbesondere auf kurzfristige, zeitnahe Aktivitäten und Handlungsempfehlungen hinauslaufen. Das betrifft Nutzer_innengruppen der

Kategorie Einzelpersonen, Schule und Ausbildung, Fachhochschule und Universitäten, Fort-, Weiter- und Erwachsenenbildung und Soziale Arbeit. Die Erwartungen der anderen Nutzer_innengruppen (2) zielen stärker auf die Unterstützung bei längerfristigen Entwicklungen von Strategien oder Konzeptionen und auf die prozesshafte Begleitung der jeweiligen Projekte ab. Dies betrifft die Nutzer_innengruppen Zivilgesellschaft und Institutionen der Landes- und Kommunalpolitik. Die meisten Anfragen sind den Erwartungskategorien *Kriseninterventionen und mittelfristige Handlungsempfehlungen* mit 44 % (N = 931) und *Durchführung einer Veranstaltung* mit 24 % zuzuordnen. Zentraler Bedarf bei ersterer ist eine zeitnahe Beratung, die Sicherheit gibt und Möglichkeiten für das eigene Handeln der Nutzer_innen in Situationen der Krise, Verunsicherung und Handlungsunfähigkeit eröffnet. Bei der zweiten Kategorie liegt der Bedarf in der Organisation, Entwicklung und Durchführung von Fortbildungen, Workshops und Vorträgen.

6. Das Spannungsfeld von Krisenintervention, Inputorientierung und Strukturveränderung

Die Analyse der Beratungsanfragen eröffnet einen breiten Blick darauf, inwieweit Menschen in ihrem persönlichen Umfeld oder in ihren Institutionen mit Rechtsextremismus und Rassismus konfrontiert werden. Zugleich fördert sie ein bestehendes Engagement für eine demokratische Gesellschaft zutage, das von Einzelpersonen, der Zivilgesellschaft, von Menschen in Institutionen und in verschiedenen Aktivitäten getragen wird. Die Gründe für eine Beratungsanfrage sind ebenso breit gefä-



chert wie die Erwartungen, die mit der Beratungsanfrage an die MB-NRW verbunden sind. Die Studie beleuchtet, auf welche unterschiedliche Weise sich die Nutzer_innengruppen mit ihren Anliegen und Bedarfen an die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus richten. Den Beratungsanfragen ist über diese Informationen auch die jeweilige Beauftragung der MB-NRW zu entnehmen. Eine Beauftragung erfolgt dann, wenn die Bedarfe und Erwartungen der Nutzer_innen einerseits und die Arbeitsweise und Ziele der MB-NRW andererseits aufeinander treffen und eine entsprechende Zusammenarbeit in dem dazugehörigen Aushandlungsprozess vereinbart wird. Diesen Vorgang verstehen wir als Beauftragung, also den gesamten Prozess, bei dem der Bedarf der Nutzer_innen und die konzeptionelle Zielausrichtung der MB-NRW in einer Auftragsklärung zusammengeführt und verhandelt werden.

Ausgehend von den Analysen lässt sich sagen, dass die Beauftragung durch drei Faktoren gekennzeichnet ist, die ein Spannungsfeld bilden: (1) durch die Notwendigkeit einer *Krisenintervention: Wiederherstellung oder Stabilisierung von Handlungsfähigkeit* (vonseiten der MB-NRW), (2) durch den Bedarf an *Inputorientierung: Wissensvermittlung und Austauschräumen* (aufseiten der Nutzer_innen) und (3) aufgrund des Anspruchs auf einen langfristigen Aufbau von *Aktivitäten, Netzwerken und von Strategie- und Organisationsentwicklung*.

Dieser scheinbare Gegensatz, der durch dieses Spannungsfeld zum Ausdruck kommt, scheint sich nicht auflösen zu lassen, hat aber auf allen Ebenen auch seine Berechtigung. Das Wissen darum ermöglicht ein reflektiertes und bewußtes In-ein-Verhältnis-Setzen der drei Faktoren, so dass sie nicht einen Widerspruch darstellen, sondern zu gleichen Teilen als Arbeit an der Stabilisierung und Verteidigung demokratischer Räume verstanden werden können. Denn dazu gehören sowohl die Notwendigkeit, direkte, zeitnahe Hilfe zu leisten und dem Bedarf an Fortbildungen, Wissensvermittlung, Workshops gerecht zu werden als auch der Anspruch auf die langfristige Veränderung von Systemen und der Aufbau oder Erhalt von demokratischen Strukturen.

Die Notwendigkeit der Krisenintervention und Wiederherstellung von Handlungsfähigkeit zielt auf gesellschaftliche Handlungsfähigkeit und *agency*, was beinhaltet, dass die Menschen sich selbst mehr als Gestalter_innen ihrer eigenen Verhältnisse erfahren können. Der Bedarf an Inputorientierung durch Fortbildungen und Wissensvermittlung auf Vorträgen und an Räumen zum Austausch sind möglicherweise Voraussetzung und Anlass im Sinne einer *kritischen politischen Bildung*, aus den eigenen Erfahrungen heraus in ein *verändern-*

des Tun zu kommen. Der Anspruch auf langfristige Prozesse und institutionelle Veränderungen findet sich in der Arbeit in den Stadtteilen und Gemeinwesen wieder, wenn dort die Vernetzung, die Organisationsentwicklung und eine Arbeit auf der Ebene von Diskursen und Normalitätsvorstellungen realisiert werden können. So leisten die Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus in NRW einen entscheidenden Beitrag zum *Empowerment* gegen eine Politik der Entsolidarisierung und für eine Arbeit an der Stabilisierung und Verteidigung demokratischer Räume.

Über die Autor_innen

Younes Alla – Mitarbeiter der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie wissenschaftliche Hilfskraft an der TH Köln am *Forschungsschwerpunkt Nonformale Bildung*.

Anne Broden – 17 Jahre lang Leiterin des Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismearbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW). Seit 2018 ist sie selbstständig in diesem Themenfeld.

Nils Wenzler – Dipl. Sozialpädagoge, der viele Jahre in der Aufsuchenden Jugendarbeit und Gemeinwesenarbeit tätig war. Er lehrt in der Sozialen Arbeit und ist Mitarbeiter des *Forschungsschwerpunkt Nonformale Bildung* der TH Köln.

Impressum

Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.i.L.),
Kronenstraße 62, 40217 Düsseldorf, Telefon: 0211 99450080,
E-Mail: info@fgw-nrw.de, www.fgw-nrw.de

Liquidator_innen (vormals geschäftsführender Vorstand):

Prof. Dr. Ute Klammer, Prof. Dr. Dirk Messner

FGW-Themenbereich:

Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie

Prof. Dr. Andreas Zick, Themenbereichsleitung (Hrsg.)

Lynn Berg, wissenschaftliche Referentin (Hrsg.)

Layout: Olivia Pahl, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Förderung: Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

Erscheinungsdatum: Düsseldorf, Dezember 2019

ISSN: 2699-1497

Erfahren Sie mehr in der Studie:

FGW-Studie

Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie 04
www.fgw-nrw.de/studien/rechtspopulismus04.html

